

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tageblatt Riesa,
General Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Verlagsort:
Riesa 1929,
Stroßacker,
Riesa Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 28.

Sonnabend, 2. Februar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Austritts von Produktionsverträgen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebogens sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erschreiben an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Druckzeile 6 Silben 10 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligte Rabatte rüfen, wenn der Betrag verfallt, durch Angabe des Auftrages zu erlangen. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtzellige Unterhaltungsbeilage "Wächter an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hilsmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Poincarés Eliaß-Rede.

Man sagt dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré nach, daß er nicht nur ein kluger und denkender Kopf sei, sondern daß er auch durchaus die Persönlichkeit wäre, eine weitsichtige Politik zu betreiben. Die Gloriole, die Poincarés Name ausstrahlt, ist gewiß nicht unberechtigt, seine großen staatsmännischen Leistungen für den inneren Aufbau Frankreichs sind unbestritten. Sein geschickt berechneter und einwandfrei durchdachter Sanierungsplan hat die französischen Finanzen in Ordnung gebracht. Auch auf außenpolitischem Gebiet hat er erkennen lassen, daß er durchaus nicht immer der Mann der Faust ist, des blinden Draufgängertums, der Prestigepolitik um jeden Preis. Seine merkwürdige Zurückhaltung im französisch-italienischen Gegensatz und seine feinen Verläufe, die Schärfe russischer Neben durch eine konstante Öklichkeit wiederzugewinnen, lehren, daß Poincaré auch der Diplomat ist, der Empfindungen nicht gleich zu Latein werden läßt. Leider haben wir festzustellen, daß dem französischen Ministerpräsidenten in seiner Einstellung zum eliaß-lothringischen Problem diese großen diplomatischen Geschicks und seiner Weitsichtigkeit abhandeln gekommen sind. Der französische Ministerpräsident ist sicher nicht der Mann, der den Ernst der Bewandern des eliaß-lothringischen Volkes nicht erfährt hat, der nicht ganz genau weiß, was die autonomistische Bewegung in den sogenannten befreiten Provinzen Frankreichs zu bedeuten hat, und wie tief die Erbitterung großer Bevölkerungsteile dieser Gebiete über ein nach ihrer Ansicht verfallenes Regierungssystem alle Herzen ergriffen hat. Und doch lassen die Eliaß-Reden Poincarés erkennen, daß der französische Ministerpräsident dem Kern der Auseinandersetzung ausweichen will, daß er die Situation gewiß nicht verschärfen möchte, aber andererseits nicht zu einer Entscheidung zu kommen vermag, die so oder so das Problem löst. Am Donnerstag hat sich Poincaré zu einer Fortsetzung seiner großen Eliaß-Rede geäußert, an der Rede, die viele hundert Seiten eines Buchs in Anspruch nimmt, die doktrinär und professoral anstelle von Neuerungen oder Entscheidungen nur die Verteidigung eines französischen Verwaltungsrechts im Eliaß legen möchte. In einer seiner letzten Reden hatte einer der Befürworter der eliaßischen Beschwerden, der Abgeordnete Dabiet, den Ministerpräsidenten gebeten, einen Schritt unter die Vergangenheit zu ziehen und eine politische Richtung einzuschlagen, die der eliaßischen Bevölkerung die Möglichkeit gibt, auch innerlich den Anschluss an Frankreich und seine Kulturwelt zu finden. Diese Rede Dabiets war ein sehr offenherziges und freimütiges Angebot, letzten Endes eine Befundung der sozialen Haltung der Eliaßer, ihres Wunschens, im Rahmen der geschlossenen Tatfachen, aber unter Wahrung der eigenen Kulturrechte mit Frankreich aufzunehmen.

Hier war dem französischen Ministerpräsidenten eine Möglichkeit geboten, der Schärfe einer Auseinandersetzung die Spitze zu brechen, eine Chance auszunutzen, die nicht nur eliaßische Interessen, sondern auch die Interessen des gesamten Frankreichs gefördert hätte. Poincaré hat diese Chance nicht ausgenutzt, sie ist nutzlos vorübergegangen und mit ihr vielleicht eine der wenigen Möglichkeiten, eine Frage befriedigend zu lösen, die jetzt noch viel Streit, viel Bitternis und Leidenschaften zeitigen dürfte. Poincarés Rathgeberpredigt läßt sich auf eine kurze Formel zusammenfassen: Er findet nichts Schlimmes an dem französischen Verwaltungsrecht im Eliaß. Sie sind ihm gerecht, sie erscheinen ihm durchaus durchsichtig von einem französischen Verständnis für die kulturelle Eigenart eines Landes, dessen Sprache, wie er selbst sagt, vorherrschend die deutsche ist. Immerhin findet sich Poincaré zum ersten Male zu dem Eingeständnis, daß von der von ihm so geliebten französischen Verwaltung im Eliaß Fehler begangen worden seien, die nachgeprüft werden sollten und die auch wieder abgelehnt werden könnten. Aber er substantiiert diese Fehler nicht, er gibt auch keine Aufklärung darüber, wie er sie wieder gutmachen will. Aus den ganzen Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten über die Güte und Nützlichkeit der französischen Verwaltung im Eliaß geht nur das Rein hervor, daß er ihrer Reform entgegensteht. Er will im Prinzip nichts geändert sehen. Zu gewissen Korrekturen findet er sich bereit. Aber ein korrigiertes System bleibt letzten Endes doch das alte System, wenn die Korrekturen nicht die Grundfehler beseitigen.

Der französische Ministerpräsident hat sich in seiner Rede, wenn auch kurz, über die Sprachenfrage geäußert. Er gab das Versprechen ab, daß die französische Regierung jede gewaltsame Angleichung bekämpfen wolle. Dieses Versprechen hat Poincaré wiederholt gegeben. Mit seiner Wiederholung sagte er daher durchaus nichts Neues, zumal er sich nicht zu einer näheren Auslegung des Begriffes "Gewalt" fand. Die Gewalt spürt ja nur der, auf den sie ausgeübt wird. Der Gewalttätige kann sie immer leugnen, wie der andere sie immer erdulden muß. Welche werden sich über die Methode sicherlich niemals einig werden. Poincaré hat am Schluß seiner Rede versprochen, daß er sie am Freitag mit einem vollständigen und geistlichen, aber notwendigen Exposé der autonomistischen Maßnahmen" versehen wird. Die Donnerstag-Ausführungen waren aufschreiend genug, um erkennen zu lassen, daß das eliaßische Volk auch am Freitag nur Unrechtliches und Ablehnendes zu erfahren bekommen wird.

Ablehnung des Wartestandsbeamten-Gesetzes.

Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, 1. Februar, 3 Uhr

Auf der Tagesordnung steht die

Dritte Beratung des Wartestandsbeamten-Gesetzes.

Die dritte Beratung des Wartestandsbeamten-Gesetzes in der heutigen Reichstags-Sitzung hat mit der Ablehnung der Vorlage geendet. Bei der Schlussabstimmung wurde die für das verfassungsbändernde Gesetz notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Die Niederlage der Regierung kann in diesem Falle als ein weiteres Argument für die Notwendigkeit einer festen Koalitionsbildung gelten, sie wäre der Regierung nämlich erpart worden, wenn nicht die Mehrheit der Bayerischen Volkspartei und auch ein Teil des Centrums Stimmhaltung geübt hätten.

Abg. Gottscheiner (Dnat.) äußert seine Enttäuschung darüber, daß nach der Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss dort lediglich die Beschlüsse der zweiten Lesung in die Vorlage hineingearbeitet worden seien. Der jetzt in das Gesetz ausgenommene Antrag Morath sei ein zweifelhaftes Mandat. Wenn die volle Anrechnung der Wartestandsbeamten-Gesetzes wirksam sein soll, so habe das gar keinen Wert, denn mit dem neuen Beamten-Gesetz werde alles frühere Recht, also auch das vorliegende Gesetz aufgehoben. Der Redner beantragt die volle Anrechnung der Wartestände. Bei Ablehnung dieses Antrages würden die Deutschnationalen die volle Anrechnung vom 1. April 1901 ab beantragen. Sollten alle Änderungsanträge abgelehnt werden, so würden die Regierungsparteien bei der Annahme des Gesetzes die Deutschnationalen nicht an ihrer Seite haben.

Abg. Lorange (Dnm.) meint, die vom Ausschuss gefassten Beschlüsse seien nur eine formelle Änderung, aber keine Verbesserung der Vorlage. Von den Kommunisten werde die volle Anrechnung der Wartestände beantragt.

Abg. Steinböck (Zsp.) polemisiert gegen den Abg. Gottscheiner. In einem Artikel der "Arbeiter-Zeitung" habe Abg. Gottscheiner sich selbst bezeichnet, daß er überzeugend gesprochen habe. (Hört! Hört! Links.) Eine Ablehnung der Vorlage würde eine schwere Schädigung der Wartestandsbeamten bedeuten.

Abg. Siegfried (Wirtschaftspartei) stimmt der Vorlage zu. Sie bringe immerhin den Wartestandsbeamten eine wesentliche Verbesserung ihrer bisherigen Rechtslage. Abg. Schmidt-Sietlin (Dnat.) fragt die Regierung, ob die Reichsbahn-Gesellschaft irgend eine Zusage gegeben habe, ihre Wartestandsbeamten nach den Wünschen der Regierungsparteien zu behandeln.

Die Aussprache ist damit geschlossen. Nach Ablehnung kommunistischer und deutschnationaler Änderungsanträge wird über den § 1 des Art. 1, der die Zwangspensionierung der sechsjährigen vorschreibt, namentlich abgestimmt. Dafür werden abgegeben 233, dagegen 527 Stimmen bei 25 Stimmhaltungen.

Für § 2, der die Pflicht zur vorübergehenden Dienstleistung regelt, werden in namentlicher Abstimmung 200, dagegen 120 Stimmen abgegeben bei 25 Stimmhaltungen.

Der von den Deutschnationalen und den Kommunisten gestellte Antrag auf volle Anrechnung des Wartestandes wird mit 285 gegen 120 Stimmen bei drei Stimmhaltungen abgelehnt.

Abgelehnt werden auch alle weiteren Änderungsanträge.

Die Koalitionsverhandlungen im Gange.

Abg. Berlin. Nachdem in den letzten Tagen die Verhandlungen über die Bildung einer festen Reichstagskoalition und eine Umbildung der preussischen Regierung nicht hatten vom Fleck kommen wollen, schienen sie am Freitag doch wenigstens in Fluß gekommen zu sein.

Reichsanwält Müller erstattete am Vormittag dem Reichspräsidenten Bericht über seine bisherigen Verhandlungen. Die das Nachrichtenbüro des VDS hört, erklärte der Reichspräsident darauf, daß er die Bildung der Koalitionsfrage auf dem Wege einer Regierungskrise oder gar einer Reichstagsauflösung nicht für wünschenswert halte.

Nachmittags hatte Müller dann zunächst eine Besprechung mit dem Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei im Reichstags, Dr. Scholz, und danach mit dem Zentrumsführer Dr. Haas und Dr. Siegerwald. Eine Aenderung der Lage ergab sich allerdings, wie in parlamentarischen Kreisen verlautete, aus diesen Besprechungen noch nicht.

Gesamtdemission der Reichsregierung nur nach einem Misstrauensvotum.

Der sozialdemokratische Parlamentsdemission, der sich gestern ausführlich mit den Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition beschäftigt, kommt auch auf die Taktik des Centrums zu sprechen und sagt: Die Drohung, den Verbandsminister von Gumbert aus dem Kabinett zurückzuberufen, wenn nicht sehr bald eine Klärung erfolgt, wird jetzt immer deutlicher und nachdrücklicher ausgesprochen.

In der namentlichen Schlussabstimmung über die Vorlage werden 250 Stimmen dafür, 122 dagegen abgegeben bei 25 Stimmhaltungen.

Danach ist die für verfassungsbändernde Gesetz erforderliche Zweidrittelmehrheit der Anwesenden nicht erreicht und das Gesetz ist abgelehnt.

Gegen die Vorlage haben geschlossen gestimmt die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Nationalsozialisten. Die meisten Mitglieder der Bayerischen Volkspartei haben sich der Stimme enthalten, desgleichen eine Anzahl Mitglieder des Centrums. Der frühere Reichsfinanzminister Köhler hat, entgegen anderslautenden Meldungen, für das Gesetz gestimmt.

Es folgt die

zweite Beratung der Handwerks-Novelle

zur Gewerbeordnung. Der Ausschuss hat nur unwesentliche Änderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius erklärte sich mit dem vom Ausschuss gefassten Beschlüssen einverstanden und wendet sich gegen die jetzt noch vorliegenden Änderungsanträge. Die Innungskrankenkassen hätten in dieser Vorlage nichts zu tun. Eine Herabsetzung des Wahlalters über 21 Jahre hinaus würde nicht zu rechtfertigen sein, weil die Handwerker schon mit 21 Jahren selbständige Meister und Innungsmitglieder werden können.

Abg. Nob. Schmidt-Berlin (Zsp.) weist auf die große Zahl der proletarisierten Kleinmeister im Handwerk hin. Diese wirtschaftlich schwachen Handwerker hätten von der Organisation des Handwerks wenig Nutzen. Die Institution der Zwangsinnung habe dem Handwerk nicht die davon erhofften Vorteile gebracht. Der vorliegende Entwurf bedeute schließlich einen Fortschritt gegenüber der bisherigen Organisationsform.

Abg. Dr. Wienbeck (Dnat.) äußert einige Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage, besonders gegen das allgemeine Wahlrecht zur Handwerkskammer im Gegensatz zu dem bisherigen Verfahren des Wahlrechts der Innungsvorstände. Die Wahlordnung werde hoffentlich so ausfallen, daß demagogische Wahlmänner innerhalb der Handwerksorganisation vermieden werden. Die Innungen müßten gegen einen weiteren Abbau ihrer Rechte geschützt werden. Der Vorlage würden die Deutschnationalen zustimmen.

Abg. Wienting (Zentr.) erklärt sich mit der Vorlage einverstanden und wendet sich gegen die Änderungsanträge der Linken. Er beantragt die Wiederherstellung des im Ausschuss geäußerten § 7, wonach die Innungsmitglieder, welche der Zwangsinnung anzugehören haben, aus der bisherigen Innung auscheiden, es sei denn, daß sie einen entgegenstehenden Willen ausdrücklich erklären.

Abg. Hein (Dnm.) bezeichnet die Vorlage als ein ganz ausreichendes Mittel zur Hebung der Not des Handwerks. Die Kommunisten verlangen dagegen die Niederlegung aller Steuerrückstände und aller Schulden der Handwerker (Masse b. d. Wirtschaftspartei: "Soviel Geld gibt's ja gar nicht!"). Die Handwerker könnten nur in der kommunistischen Partei ihre richtige Vertretung finden. (Abg. Beier (Wirtschaftspartei): "Wann kommt nun das Wort: 'Krauter'?")

Um 7 Uhr wird die Weiterberatung abgebrochen.

Auf der Tagesordnung der Sonnabend-Sitzung, die um 11 Uhr beginnt, stehen der deutsch-italienische Handelsvertrag, das Finanzabkommen mit Rumänien und der Kellogg-Pakt.

Wenn diese Trostung wahr gemacht würde, so wäre das für die Gestaltung der politischen Verhältnisse im Reich sicherlich nicht angenehm, aber eine Gesamtdemission der Regierung würde es nicht zur Folge haben. Die Regierung würde zunächst weiterarbeiten und es darauf ankommen lassen, ob das Zentrum sich entschließen könnte, sie im Reichstag kurz vor Beginn der Reparationsverhandlungen durch ein Misstrauensvotum zu kürzen.

Für Reform der Invalidenversicherung.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, in der für die Reform und den Ausbau der Invalidenversicherung folgende Hauptforderungen aufgestellt werden: Erhöhung der Renten durch Aufbau weiterer Lohn- und Beitragsklassen; Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66% auf 50 Prozent; Gewährung von Witwenrenten aus ohne vorliegende Invalidität; Vereinfachung der Fälligkeitsbestimmungen nach § 1311 der Reichsversicherungsordnung und Neuordnung der Rentenverteilung zwischen Invaliden- und Angehörigenversicherung; Erhöhung des Grundbetrages der Renten und Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre werden von den Gewerkschaften als zur Zeit nicht dringlich betrachtet.

Wie der "Vorwärts" dazu mitteilt, besteht wenig Wahrscheinlichkeit, daß die Gewerkschaftsforderungen in ihrer gegenwärtigen Form vom Reichstag angenommen werden. Die Meinungen sind auch bei den Besprechungen der Reform noch nicht einträglich. Im Reichstag sucht man nach einem anderen Ausweg aus den Schwierigkeiten.